

Nein zum Krieg!

Zurück zu Diplomatie und Verhandlungen

Schon vor Wochen hatte das Säbelrasseln zwischen der NATO und Russland eine neue Qualität erreicht. Verhandlungen über die von Russland geforderten Sicherheitsgarantien waren stecken geblieben. Angriffe ukrainischer Truppen auf den Donbass nahmen drastisch zu. Nun ist der Konflikt in und um die Ukraine völlig eskaliert. Nach russischen Angriffen auf Ziele in der Ukraine droht ein offener Krieg.

Wir verurteilen die russischen Angriffe, aber auch die der ukrainischen Truppen auf die abtrünnigen Gebiete im Donbass und fordern beide Seiten zur sofortigen Waffenruhe auf.

Trotz klarer Zurückweisung des Vorgehens Moskaus sind einseitige Verurteilungen Russlands und Schuldzuweisungen, wie sie von westlichen Regierungen und Medien seit Wochen vorgenommen werden, jedoch nach wie vor nicht gerechtfertigt.

Die NATO-Staaten selbst haben ohnehin kein Recht, Richter zu spielen und Strafmaßnahmen zu verhängen. Wir erinnern daran, dass sie gegen Jugoslawien, Afghanistan, Irak und Libyen verheerende völkerrechtswidrige Angriffskriege führten, sowie mit der gewaltsamen Lostrennung des Kosovo von Serbien selbst die territoriale Integrität eines Landes verletzt und so einen gefährlichen Präzedenzfall geschaffen haben.

Die Hauptursache des sich dramatisch zugespitzten Konflikts liegt in der Expansion der NATO nach Osten. Sie ist – unter Bruch der Anfang der Neunzigerjahre gegebenen Zusagen – immer näher an Russland heranrückt. Die Situation wurde durch den vom Westen geförderten Umsturz in Kiew und die faktisch Ausdehnung der NATO auch auf die Ukraine noch drastisch verschärft.

Die NATO hat große Truppenkontingente nach Osteuropa entsandt und führt regelmäßig gewalttätige Manöver an den russischen Meeres- und Landesgrenzen durch. Selbst innerhalb der Ukraine, das massiv aufgerüstet wurde, finden gemeinsame Manöver statt. Die in Polen und Rumänien installierten Raketenabwehrsysteme der USA lassen sich jederzeit mit atomaren Mittelstreckenraketen bestücken. Die Stationierung neuer Atomraketen in Osteuropa ist in Planung.

Das ist völlig verantwortungslos gegenüber einem Land mit den schrecklichen Erfahrungen aus dem 2. Weltkrieg. Die Vision vom gemeinsamen Haus Europas wurde beiseitegeschoben, wie auch der Grundsatz Willy Brandts, dass die eigene Sicherheit untrennbar mit der Sicherheit des Gegners verbunden ist.

Die russische Führung rechtfertigt ihr Vorgehen vor allem mit der Zunahme von Angriffen ukrainischer Truppen auf die russischsprachigen Regionen und dem Scheitern der Minsker Abkommen.

Diese sehen neben einem Waffenstillstand, den Dialog zwischen den Konfliktparteien und eine erweiterte Autonomie von Donezk und Lugansk innerhalb der Ukraine vor. Die Umsetzung wurde jedoch vor allem von Kiew sieben Jahre lang blockiert – mit politischer, finanzieller und militärischer Unterstützung des Westens, auch Berlins.

Dies und die konfrontative Politik der NATO rechtfertigt aber keinesfalls eine militärische Aggression. Die Bombardierungen müssen sofort gestoppt werden. Notwendig sind ein umfassender Waffenstillstand und ein Zurück an den Verhandlungstisch.

Die Reaktionen des Westens sollten auf die Wiederaufnahme von Verhandlungen gerichtet sein, weiteren Hass und eskalierende Konfrontation vermeiden und nicht die Bevölkerung Russlands treffen. Sanktionen lehnen wir daher ab.

Nötiger denn je sind nun politische, mediale, öffentliche und praktische Deeskalation und eine Demilitarisierung auf beiden Seiten der Grenzen zwischen Russland, der Ukraine und der NATO, inklusive Abzug westlicher Truppen.

Nur mit einer Politik, die die Sicherheitsinteressen der anderen Seite genauso berücksichtigt, wie die eigenen, kann Frieden, Abrüstung und Entspannung erreicht werden.

Wir fordern:

- Einstellung aller Kampfhandlungen
- Konkrete Schritte zur Deeskalation, keine Waffenlieferungen an Kiew,
- Demilitarisierung auf beiden Seiten der Grenzen und zurück zu Minsk II unter Zusage eines aktiven Eintretens des Westens für die Umsetzung des Abkommens
- Verhandlungen mit Russland auf der Grundlage des Bekenntnisses zu Entspannung und dem Prinzip der gemeinsamen Sicherheit;

Heidelberger Forum gegen Militarismus und Krieg